

Hemmnisse für den Ausbau der Vergärung

In einer Studie wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen als ein wesentliches Hindernis für den weiteren Ausbau der Vergärung von Biogut identifiziert.

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sehen in der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen das größte Hemmnis für den weiteren Ausbau der Vergärung von Bioabfall (Biogut). Dieses ist das zentrale Ergebnis des zweijährigen, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderten, Forschungsvorhabens „Bio-DYN - Hemmnisanalyse für den dynamisierten Ausbau der Vergärung kommunalen Bioguts in Deutschland“.

Die Ergebnisse basieren auf der Befragung von insgesamt 41 Entscheidungsträgern von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (öRE) mit und ohne Vergärungsanlagen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Erhebung anlagenbezogener Betriebsdaten bei 20 Betreibern von Vergärungsanlagen.

Eines der Hindernisse, so die Studie, sei die im EEG 2017 aufgenommene Regelungen zur Ausschreibungspflicht sowie zeitliche Anforderungen im Hinblick auf den politischen Entscheidungsprozess. Auch Regelungen des Düngerechts für Gärprodukte sowie möglicherweise zu erwartende verschärfte Anforderungen an die Anlagenausrüstung (TA Luft) würden den Ausbau der Biogutvergärung bremsen.

Weiter wird die Konkurrenzsituation zwischen der Kompostierung und der Vergärung angesprochen, die für die Vergärung umso nachteiliger ist, je größer die Unterschiede bei den Anforderungen an die technische Ausstattung seien. Gerade mit Blick auf die neuen Bundesländer gäbe es eklatante Unterschiede. Steigende Anforderungen an Vergärungsanlagen vergrößere die wirtschaftliche Kluft weiter.

Die Befragung der 20 Biogutvergärungsanlagen ergab, dass sich zwar nicht alle, aber die meisten Betreiber aus heutiger Sicht wieder so entscheiden würden.

Der [vollständige Bericht](#) ist auf der Internetseite des Witzenhausen-Instituts abrufbar.